Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Lebensmittelindustrie

1955

Berlin, den 18. Februar 1955

Nr. 8

Direktive zur Unterstützung der Arbeit der Frauenausschüsse in den Betrieben der Lebensmittelindustrie

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Frau zu einem unentbehrlichen Mitarbeiter in allen Betrieben, Schulen und Verwaltungen geworden. Seit Beginn des Fünfjahresplanes ist eine immer stärkere Teilnahme der Frau am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu verzeichnen. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, daß in den Betrieben der Lebensmittelindustrie die Förderung der Frau nicht in dem Maße erfolgte, wie es erforderlich ist. In den Betrieben unserer Lebensmittelindustrie wird von den Werkleitern, den Betriebsparteileitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und auch den Betriebsgewerkschaftsleitungen der Förderung der Frauen und ihrer Einbeziehung in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben immer noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das drückt sich besonders in der mangelhaften Entwicklung der Frauen für leitende Funktionen aus. So ist zu verzeichnen, daß bisher nur in einem zentral geleiteten volkseigenen Lebensmittelbetrieb eine Frau als Werkleiter tätig ist.

Alle Werkleiter der Lebensmittelindustrie werden deshalb verpflichtet:

- die Frauenausschüsse in ihren Betrieben allseitig zu unterstützen,
- bei allen grundsätzlichen Entscheidungen die Frauenausschüsse zur Beratung hinzuzuziehen, insbesondere bei der Erweiterung und Verbesserung der sozialen Einrichtungen der Einbeziehung von Frauen in die Produktion der fachlichen und gesellschaftspolitischen Qualifizierung der Entwicklung und Einführung neuer Sortimente in der Produktion,
- bei der Ausarbeitung konkreter Frauenförderungspläne die Frauenausschüsse zur Anleitung und Unterstützung hinzuzuziehen,
- zur Unterstützung der Frauen die kameradschaftliche Hilfe durch Übernahme von Patenschaften zu organisieren,
- bei der Organisation und Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes darauf zu achten, daß die Qualifizierung der Frauen und die Erhöhung ihres Anteils in der Produktion in den Wettbewerbsbedingungen festgelegt wird,
- die bisherige Vernachlässigung der Frauen bei staatlichen und gewerkschaftlichen Auszeichnungen, bei denen der Anteil der Frauen bisher nur 21 % beträgt, durch eine ständige Beobachtung ihrer Leistungen und Popularisierung ihrer Erfolge zu beseitigen.

gez. Westphal
(Minister)

Siegerbetriebe im III. Quartal 1954

Als Sieger aus dem Wettbewerb im III. Quartal 1954 sind folgende Betriebe hervorgegangen:

Mit der „Wanderfahne des Ministerrates“ wurden zugleich mit einer Prämie ausgezeichnet:

- VEB Öl- und Fettwerke Hans Schellheimer, Magdeburg 8000,— DM
- VEB Kaffee- und Nahrungsmittelwerke Halle 5000,— DM
- VEB Fischkombinat Saßnitz, Verarbeitungsbetrieb Barth 3000,— DM
- VEB Riebeck-Brauered, Altenburg 3000,— DM

Mit der „Fahne des Ministeriums für Lebensmittelindustrie“ wurden zugleich mit einer Prämie ausgezeichnet:

- VEB Schlachthof, Plauen 1500,— DM
- VEB Zuckerfabrik Löbau 1500,— DM
- VEB Süßwarenfabrik Rotstern, Saalfeld 4000,— DM
- VEB Fischkombinat Saßnitz, Betrieb Fischfang 8000,— DM
- VEB Konservenfabrik Obisfelde 1500,— DM
- VEB Melasseverwertung Schönebeck 1500,— DM
- VEB Zigarettenfabrik Greiling, Dresden 2500,— DM
- Großhandelskontor Lebensmittel Leipzig-Stadt 3000,— DM

- I. Anweisung Nr. 29
Betr.: Vorarbeit für die Zeit vom 24. Dezember und 31. Dezember 1954
- II. Anweisung Nr. 30
Betr.: Zahlung von Weihnachtsgewandungen in der volkseigenen Wirtschaft
- III. Anweisung Nr. 31
1. Betr.: Jahresabschluß des Staatshaushaltsplanes 1954
2. Betr.: Finanzierung der Reinigung von Hygienekleidung
3. Finanzierung der Reisekosten beim Einsatz zur Vorbereitung der Volkswahl
4. Betr.: Finanzierung der Aufwendungen bei Besuchen westdeutscher Arbeitsdelegationen
5. Betr.: Direktive über die Ausreichung von Stützungen und Umlaufmittelzuführung an die volkseigenen Betriebe vom 1. Oktober 1954
- IV. Anweisung Nr. 32
Betr.: Verordnung über die Finanzrevision in den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen und in den Betrieben und Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft vom 6. November 1952 (GBl. S. 1192)
- V. Anweisung Nr. 33
Betr.: Durchführung von Betriebsversammlungen anlässlich des 5. Jahrestages der Annahme des Jugendgesetzes am 8. Februar 1955
- VI. Anweisung Nr. 34
Betr.: Preiskalkulation, Preislisten und Rechnungslegung der Produktionsbetriebe sowie Rechnungslegung des ZAK der Fischwirtschaft und der volkseigenen Versorgungs- und Lagerungskontore der Lebensmittelindustrie
- VII. Anweisung Nr. 1/55
Betr.: Verbindlichkeitserklärung der „Wirtschaftszweig-individuellen Richtlinien über die Anwendung der Grundsätze des neuen Rechnungswesens“ für das Jahr 1955
- VIII. Anweisung Nr. 2/55
Betr.: Leipziger Frühjahrsmesse 1955
- IX. Anweisung Nr. 3/55
Betr.: Wegfall der 70prozentigen Großhandelsspanne bei Lieferung im Direktverkehr an den staatl. Einzelhandel
- X. Mitteilungen der Rechts- und Vertragsschiedsstelle
1. Betr.: Gebühren für die Ausstellung eines verlorengegangenen Betriebsausweises
2. Betr.: Auftrittsbescheid der Justitiare in gerichtlichen Verfahren
3. Betr.: Abschluß von Verträgen mit den Kollegien der Rechtsanwälte über ständige juristische Dienstleistungen
- XI. Mitteilung des Stellenplanbearbeiters
Betr.: Einführung der Rahmenstruktur und Typenstellenpläne für die volkseigenen Betriebe des Ministeriums für Lebensmittelindustrie
- XII. Mitteilungen der Zentralen Kaufmännischen Abteilung — Preisbildung
1. Betr.: Auswertung der Monats- und Quartalsabschlüsse in den Betrieben
2. Betr.: Individueller Nachweis der Planerfüllung 1954 in den Betrieben der Zuckerindustrie
3. Betr.: Vordrucke für die Abrechnung der Produktionsabgabe und Dienstleistungsabgabe
4. Betr.: Preiskalkulation für Erzeugnisse, für welche die Produktionsabgabe eingeführt wird
- XIII. Mitteilungen des Schrottbearbeiters
1. Betr.: Erfassung von nichtmetallischen Altstoffen
2. Betr.: Aufruf zur Buntmetallschrott-Abgabe
- XIV. Mitteilungen der Energiewirtschaft
1. Betr.: Organisatorisches
2. Betr.: Projekt- und Betriebsplan 1955 — Plan 21
3. Betr.: Betriebsplan 1955 — Plan 36
- XV. Mitteilungen der Zentralen Abteilung Planung und Investitionen
1. Betr.: Preisbildung für Bauleistungen der volkseigenen Bauindustrie für das Planjahr 1955
2. Betr.: Futtermittelproduktion
3. Betr.: Erläuterungen zum Betriebsplan 1955 des Ministeriums für Lebensmittelindustrie — Planteil Generalreparaturen
- XVI. Mitteilungen der Zentralen Abteilung für Arbeit
1. Betr.: Anweisung zur Durchführung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 10. September 1954
2. Betr.: Berichterstattung über die technischen und wissenschaftlichen Kader
3. Betr.: Berichterstattung über die produktionstechnische Schulung
4. Betr.: Unfallmeldewesen 1955
5. Betr.: Aufhebung der vierteljährlichen Berichterstattung „gesundheitliche Betreuung der Werktätigen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie“
6. Betr.: Hygienekleidung
- XVII. Mitteilungen der Hauptverwaltung Pflanzliche Erzeugnisse
1. Betr.: Weizenkeime
2. Betr.: VV zur Anbringung einer Bremsvorrichtung am Handschraper
- XVIII. Mitteilung der Hauptverwaltung Genussmittel
Betr.: Berichtigung

Diese Anweisungen sind den Betrieben bereits gesondert zugegangen.

IV. Anweisung Nr. 32/1954

Betr.: VO über die Finanzrevision in den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen und in den Betrieben und Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft vom 6. November 1952 (GBl. 158/52)

Gemäß § 5 der 1. DB vom 26. Januar 1953 (GBl. S. 170) zur o. a. VO haben die volkseigenen Betriebe, die dem Ministerium direkt unterstellt sind, binnen 3 Tagen bei der Zentralen Abteilung Finanzrevision Einspruch zu erheben.

Gegen die darauf erfolgende Entscheidung des Leiters der Zentralen Abteilung Finanzrevision kann seitens des Betriebes binnen 10 Tagen, gerechnet vom Tage der Zustellung der Entscheidung, erneut Einspruch beim Minister eingelegt werden. Die Entscheidung des Ministers ist endgültig.

Diese Anweisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
Die Anweisung Nr. 47/1953 — Verfügungen und Mitteilungen Nr. 16 vom 15. Dezember 1953 — wird aufgehoben.

V. und VI. Anweisungen Nr. 33 und 34

Diese Anweisungen sind den Betrieben bereits gesondert zugegangen.

VII. Anweisung Nr. 1/55

Betr.: Verbindlichkeitserklärung der „Wirtschaftszweig-individuellen Richtlinien über die Anweisung der Grundsätze des neuen Rechnungswesens“ für das Jahr 1955

Zur Verwirklichung der Beschlüsse des 21. Plenums der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden den Betrieben „Wirtschaftszweig-Richtlinien für die Anwendung der Grundsätze des neuen Rechnungswesens“ zugeleitet, auf Grund deren die Form des Rechnungswesens für jeden einzelnen Betrieb festzulegen ist.

Um eine materiell-inhaltliche zwischenbetriebliche Vergleichbarkeit des Rechnungswesens innerhalb eines Wirtschaftszweiges zu erhalten und organisatorisch-technisch die bisher besten Arbeitsmethoden zum Allgemeingut werden zu lassen, ist die Anwendung der Richtlinien in folgendem Umfange für das Jahr 1955 verbindlich:

1. Die Gliederung des Betriebes nach Abteilungen;
2. die Aufteilung der Grundmittel nach Abteilungen;
3. die Eingruppierung der Arbeitskräfte nach der Arbeitskräfte-Nomenklatur und nach Abteilungen;
4. die Gliederung und Verrechnung der Kosten (u. a. Bestimmung des Grundmaterials und der Zuschlagsbasen für die Verrechnung der indirekten Grundkosten und der Gemeinkosten sowie Verrechnung der Kosten der Koppelprodukte);
5. Errechnungsweise der Kosten für die unvollendete Produktion;
6. Kostenträgerverzeichnis (Aufgliederung der individuellen Haupt-, Hilfs- und Nebenleistungen und Bestimmung der Leistungs- bzw. Mengeneinheiten);
7. Bewertung der unvollendeten und fertiggestellten Produktion zu Plan- oder Istkosten;
8. Verrechnung des Eigenverbrauches von Haupt-, Hilfs- und Nebenleistungen;
9. Abrechnung der Zwischenprodukte (insbesondere Fleischindustrie und Süßwarenindustrie);
10. Abrechnung der produktiven Lehrlingsleistungen;
11. Ausschlußabrechnung;
12. Bestimmung wirtschaftszweig-individueller Konten und Buchungen;
13. die innerbetrieblichen Auswertungsgesichtspunkte des Rechnungswesens (siehe auch Anweisung Nr. 15/54);
14. Prinzipien der Grundmittel-, Material-, Lohn- und Betriebsabrechnung;
15. Prinzipien der Leistungserfassung und Bestandsrechnung.

Soweit einzelne Betriebe die Richtlinien noch nicht erhalten haben, werden diese noch im Verlaufe des Monats Februar 1955 zugeleitet.

Die Hauptverwaltungen sind verpflichtet, auf Grund dieser Anweisung Erläuterungen für die einzelnen Wirtschaftszweige bis zum 15. Februar 1955 zu e-lassen.

Die wirtschaftszweig-individuellen Richtlinien sind nur für den Dienstgebrauch bestimmt.

VIII. Anweisung Nr. 2/55

Diese Anweisung ist in den Verfügungen und Mitteilungen Nr. 2/55 veröffentlicht.

IX. Anweisung Nr. 3/55

Betr.: Wegfall der 70prozentigen Großhandelsspanne bei Lieferung im Direktverkehr an den staatl. Einzelhandel

Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen wird die Ziffer 2b der Dienstanweisung Nr. 2/53 aufgehoben. Ab sofort fällt die Abführung von 70 % der Großhandelsspanne an die Abteilung Finanzen bzw. Preise der Räte der Bezirke fort, wenn Produktionsbetriebe aller Eigentumsformen an den Staatlichen Einzelhandel, HO-L., im Direktverkehr Waren liefern. Die Teilung der Großhandelsspanne wird von den jeweiligen Vertragspartnern, entsprechend der von beiden Teilen zu erbringenden Leistungen vorgenommen.

1. Betr.: Gebühren für die Ausstellung eines verlorengegangenen Betriebsausweises

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß für die Feststellung einer Verwaltungsgebühr bei der Ausstellung einer Zweitschrift des Betriebsausweises jede Rechtsgrundlage fehlt. Somit sind die nachgeordneten Betriebe und Institutionen nicht berechtigt, eine eigene Gebührenordnung zu erlassen. Es können nur im Wege des Schadensersatzes die tatsächlich aufgewendeten Kosten für die Zweitschrift berechnet werden.

2. Betr.: Auftretsbefugnis der Justitiare in gerichtlichen Verfahren

Es wird darauf hingewiesen, daß sich in letzter Zeit die Fälle häufen, in denen die Justitiare im Verfahren erster Instanz die Prozeßvertretung von Mitarbeitern ihres Betriebes in persönlichen Rechtsstreitigkeiten übernehmen. Teilweise erfolgte sogar entgegen § 75 StPO Verteidigung in Strafverfahren, bzw. es wurde versucht, in sonstiger Weise Einfluß auf das Strafverfahren auszuüben.

Es besteht hierdurch die ernste Gefahr, daß sich die Justitiare zu Rechtsbeiständen innerhalb ihrer Betriebe oder Verwaltungen entwickeln und dort eine den Prozeßvorschriften widersprechende Tätigkeit entfalten.

Die Betriebsjustitiare werden deshalb aufgefordert, von jeder unzulässigen Mitwirkung in Zivil- und Strafprozessen abzusehen. Die gerichtliche Vertretung der volkseigenen Betriebe und der Haushaltsorganisationen durch ihre Justitiare regelt § 11, Abs. 5 bis 7 der VO vom 4. Oktober 1952 zur Angleichung von Verfahrensvorschriften auf dem Gebiete des Zivilrechtes an das Gerichtsverfassungsgesetz (GBl. S. 988).

3. Betr.: Abschluß von Verträgen mit den Kollegien der Rechtsanwälte über ständige juristische Dienstleistungen

Gemäß § 4 der Verordnung über die Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte vom 15. März 1953 (GBl. S. 725/53) werden die nachgeordneten Institutionen angewiesen, in allen Rechtsangelegenheiten, die die Mitwirkung eines Rechtsanwaltes erfordern, nur Mitglieder der Kollegien der Rechtsanwälte zu beauftragen.

Nach Ziffer 2 des § 4 der zitierten Verordnung können die nachgeordneten Institutionen mit den Kollegien der Rechtsanwälte Verträge über ständige juristische Dienstleistungen oder über die Durchführung einzelner juristischer Aufträge abschließen.

Die Präambel der vorerwähnten Verordnung hebt ausdrücklich hervor, daß die gewissenhafte Beachtung der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik eine wesentliche Voraussetzung zur weiteren Festigung der demokratischen Gesetzmäßigkeit ist.

Die Kollegien der Rechtsanwälte sind in besonderem Maße dazu berufen, bei der Festigung der volksdemokratischen Grundlagen unseres Staates mitzuwirken.

XI. Mitteilung des Stellenplanbearbeiters

Betr.: Einführung der Rahmenstruktur und Typenstellenpläne für die volkseigenen Betriebe des Ministeriums für Lebensmittelindustrie

Nach den Grundsätzen der Anweisung des Ministeriums für Lebensmittelindustrie Nr. 16/54 vom 7. Mai 1954 (Verfügungs- und Mitteilungsblatt Nr. 11/54) erfolgt auf Grund des Beschlusses der Staatlichen Stellenplankommission vom 20. Dezember 1954 die Einführung der Rahmenstruktur- und Typenstellenpläne für die Verwaltungen der Betriebe nachstehender Industriegruppen:

- a) **Brau- und Malzindustrie**
 Realisierung der Einsparungen bis zum 28. Februar 1955 zu 40 %
 Realisierung der Einsparungen bis zum 30. April 1955 zu 100 %
- b) **Spiritus-Spirituosen- und Hefeindustrie**
 Realisierung der Einsparungen bis zum 28. Februar 1955 zu 40 %
 Realisierung der Einsparungen bis zum 30. April 1955 zu 100 %
- c) **Tabakindustrie**
 Realisierung der Einsparungen bis zum 28. Februar 1955 zu 40 %
 Realisierung der Einsparungen bis zum 30. April 1955 zu 100 %
- d) **Getreideverarbeitende Industrie**
 Realisierung der Einsparungen bis zum 28. Februar 1955 zu 40 %
 Realisierung der Einsparungen bis zum 30. April 1955 zu 100 %

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die in der Anweisung 16/54 vom 7. Mai 1954 dargelegten Grundsätze über die Verwendung freierwerdender Kader genau einzuhalten sind.

Berichtigung: Die im Verfügungs- und Mitteilungsblatt Nr. 31 vom 18. Dezember 1954 unter IV. a und b aufgeführten Daten vom 28. Februar 1954 sind auf den 28. Februar 1955 abzuändern.

XII. Mitteilungen der Zentralen Kaufmännischen Abteilung Preisbildung

1. Betr.: Auswertung der Monats- und Quartalsabschlüsse in den Betrieben

Von Seiten der Finanzrevision wurde wiederholt festgestellt, daß in den dem Ministerium für Lebensmittelindustrie unterstellten Betrieben die Auswertung der betrieblichen Abschlüsse entweder verspätet oder überhaupt nicht durchgeführt wird.

Die kurzfristige Analysierung der Ergebnisse ist ein wichtiges Mittel zur operativen Kontrolle des Planablaufes und stellt somit einen wesentlichen Faktor zur Durchsetzung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung dar. Die Leiter der Betriebe werden auf die Einhaltung der in der Anweisung Nr. 15/1954 gegebenen Richtlinien hingewiesen.

Das Ministerium der Finanzen hat dem Vorschlag der damaligen VVB der Zuckerindustrie für einen individuellen Nachweis (in der Folge als „J“-Nachweis bezeichnet) der Planerfüllung in den Betrieben der Zuckerindustrie mit Schreiben vom 6. Dezember 1954 unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß eingetretene Maschinenschäden nicht auf die möglichen Kampagnetage angerechnet werden. Diese Entscheidung billigt auch das Ministerium für Lebensmittelindustrie.

Der „J“-Nachweis bildet für die Betriebe der Zuckerindustrie die Grundlage der Abrechnung des Finanzplanes 1954 und stellt die speziellen Bestimmungen für die Betriebe der Zuckerindustrie im Sinne der Anordnung über die Berechnung des erarbeiteten überplanmäßigen Gewinnes bzw. der erarbeiteten Unterschreitung des geplanten Verlustes für Zuführungen zum Direktorfonds und Betriebsfonds im Planjahr 1954 dar.

Dieser Nachweis ist statistisch als besondere Anlage zum Kontrollbericht zum 31. Dezember 1954 zu führen, wobei die vom Zentralamt für Statistik unter Nr. 242/3 genehmigten Vordrucke zu verwenden sind.

Wegen der Zuführungen zum Direktorfonds wird, insoweit sich eine von der 2. Durchführungsbestimmung zur Direktorfondsverordnung (GBl. 1954 S. 622) abweichende Regelung erforderlich macht, folgende Anweisung gegeben:

Zu § 3 der Verordnung:

1. Der Nachweis der Erfüllung des Produktionsplanes erfolgt in den rübenverarbeitenden Zuckerfabriken nur zum Schluß des Jahres und ist nach der Methode des „J“-Nachweises zu führen.
2. Der Produktionsplan gilt als erfüllt, wenn er in der Planposition Roh- und Weißzucker aus Rüben bzw. Weißzucker (einschl. Sorten) aus Rohzucker mengenmäßig oder wertmäßig insgesamt in der beauftragten Warenproduktion erfüllt ist.
3. Der Nachweis der Erfüllung des Ergebnisplanes erfolgt wegen des saisonmäßigen Ablaufes des Planjahres ebenfalls nur einmal und zwar zum Schluß des Jahres und ist nach der Methode des „J“-Nachweises (Anlage 3 zum KB 31. Dezember 1954) zu führen.
4. Die erhöhte Zuführung zum Fonds I gem. § 3 Abs. 2 der Verordnung kann erfolgen, wenn der „J“-Nachweis eine volle Erfüllung des Produktionsplanes gem. Abs. 2 aufweist.
Die Genehmigung zur erhöhten Zuführung zum Fonds I erfolgt durch den Kontrollausschuß.

Zu § 4 der Verordnung:

1. Der überplanmäßige Gewinn bzw. die Unterschreitung des Planverlustes muß nach der Methode des „J“-Nachweises errechnet sein.
Dabei sind die allgemeinen Anweisungen lt. Anordnung über die Berechnung des erarbeiteten überplanmäßigen Gewinnes bzw. der erarbeiteten Unterschreitung des geplanten Verlustes für Zuführungen zum Direktorfonds und Betriebsfonds im Planjahr 1954 zu beachten.
2. Der Nachweis erfolgt in der hierfür vorgesehenen Anlage 3 zum KB per 31. Dezember 1954.

Zu § 9 der Verordnung:

1. Die Zuführungen zum Direktorfonds erfolgen in der Jahresschlußbilanz nach dem Ergebnis der Planerfüllung gemäß „J“-Nachweis. Der als Anlage 1—3 dem KB zum 31. Dezember 1954 beigefügte „J“-Nachweis stellt zugleich den Antrag des Betriebes auf Anerkennung von Schwierigkeiten im Sinne von § 9 der Verordnung dar. Ein besonderer Antrag ist daher nicht mehr erforderlich.
2. Da durch den „J“-Nachweis bereits eine Berücksichtigung aller dem Betrieb bei der Planerfüllung entstehenden anerkannten Schwierigkeiten erfolgt ist, berechtigt das Ergebnis dieses besonderen Nachweises auch zur Zuführung zum Direktorfonds aus dem überplanmäßigen Gewinn bzw. der Unterschreitung des Planverlustes.

3. Betr.: Vordrucke für die Abrechnung der Produktionsabgabe und Dienstleistungsabgabe

Nach den Ziffern 19 und 34 der VO über die Produktions- und Dienstleistungsabgabe der volkseigenen Industrie und der volkseigenen Dienstleistungsbetriebe (PDAVO) vom 6. Januar 1955 (GBl. S. 39/55) haben die Betriebe, die der Produktionsabgabe bzw. Dienstleistungsabgabe unterliegen, über die entstandene Verpflichtung zur Zahlung der Produktionsabgabe bzw. Dienstleistungsabgabe monatlich eine Abrechnung nach vorgeschriebenem Muster dem zuständigen Rat des Kreises oder der Stadt einzureichen.

Es wird darauf hingewiesen, daß dieser Vordruck von den Betrieben zu beziehen ist (Vordruck-Leitverlag EDB in Freiberg/Sa., Scheunenstraße 9). Die Bestell-Nr. lautet: Abrechnung über Produktionsabgabe AV 3/11.

4. Betr.: Preiskalkulation für Erzeugnisse, für welche die Produktionsabgabe eingeführt wird.

A.Z.: 111/4302/Nie/Kp

Ab 1. Januar 1955 wird in einer Reihe volkseigener Betriebe die Produktionsabgabe eingeführt. In der Produktionsabgabe werden die bisher in den Kosten enthaltenen Steuern und ein Teil des Gewinnes zu einer Abgabe zusammengefaßt. Bei den Erzeugnissen, in deren Preisen bisher Verbrauchsabgaben enthalten waren, werden diese mit einbezogen.

Die Einführung der Produktionsabgabe geschieht unter Beibehaltung des bisherigen Preisniveaus — d. h., die bestehenden Preise der laufenden Produktion bleiben unverändert und die Preise für neue Erzeugnisse sind in einer solchen Höhe festzusetzen bzw. zu bilden, daß sie dem bisherigen Preisniveau entsprechen.

Im Interesse der Einhaltung dieses Preisniveaus ist es erforderlich, die Preisbildung nach der Einführung der Produktionsabgabe zunächst auch weiterhin nach den bisher geltenden Preiserrechnungsvorschriften mit denselben Kalkulationselementen vorzunehmen.

In Zukunft müssen also bei der Preisbildung wie bisher die Umsatzsteuer, die Gewerbesteuer (als Teil der Gemeinkostenzuschläge) und die Körperschaftsteuer (als Teil des Gewinnes) kalkuliert werden, weil sonst einerseits Preissenkungen eintreten würden und andererseits die für die Abführung der Produktionsabgabe erforderliche Akkumulation nicht im Preis realisiert werden würde.

Es werden auch nicht nur die Umsatzerlöse, sondern auch die Produktionsabgaben etwa die in den Listen der Produktionsabgaben enthaltenen Sätze der Produktionsabgabe kalkuliert werden. Dadurch würden sich Preisveränderungen nach oben und unten ergeben, weil diese Produktionsabgabensätze Durchschnittssätze darstellen.

In der angegebenen Weise ist zu verfahren:

1. Bei Ausarbeitung von Kalkulationen durch die Betriebe für Preisanträge zum Zwecke der Festsetzung fester Preise durch die Preisbehörde;
2. bei eigenverantwortlicher Preiserrechnung durch die Betriebe anhand von generellen oder speziellen Norm-Kalkulationen (Preiserrechnungsvorschriften, in denen Kostensätze, Gemeinkostenzuschläge und Gewinnsätze absolut oder prozentual von der Preisbehörde generell für einen ganzen Wirtschaftszweig oder individuell für einzelne Betriebe festgesetzt worden sind) und
3. bei eigenverantwortlicher Preiserrechnung durch die Betriebe anhand von betriebsindividuellen Kalkulationen. (Preiserrechnungsvorschriften, durch die einem gesamten Wirtschaftszweig oder einem einzelnen Betrieb gestattet wird, seine Preise unter Anwendung eines bestimmten Kalkulationsschemas auf der Basis der betriebsindividuellen [ggf. von der Preisbehörde überprüfen] Kosten und eines begrenzten Gewinnsatzes zu bilden, wobei diese Preise in bestimmten Fällen der Bestätigung durch die Preisbehörde bedürfen — betriebsindividuelle Kalkulation).

Eine Umstellung der Preiserrechnungsvorschriften in der Weise, daß die bisher als Kosten behandelten Steuern und die Körperschaftsteuer sowie ggf. die Verbrauchsabgaben zu einem einzigen Akkumulationsatz zusammengezogen werden, erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Alle Preisbildungsstellen, welche Preise für die Betriebe, in denen die Produktionsabgabe eingeführt wird, festsetzen, sowie die Betriebe selbst, haben die Preisbildung in der o. a. Weise vorzunehmen.

XIII. Mitteilungen des Schrottbeauftragten

Betr.: Erfassung nichtmetallischer Altstoffe

Die ständige Steigerung der Produktion, besonders hinsichtlich der Herstellung von Massenbedarfsgütern, macht es erforderlich, auch die Rohstoffbasis hierfür zu vergrößern. Eine reiche Rohstoffquelle aus inneren Reserven sind die

nichtmetallischen Altstoffe!

In Erkenntnis der volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe und um die größtmögliche Erfassung von nichtmetallischen Altstoffen zu gewährleisten, werden die Betriebsleiter verpflichtet, aus den Reihen der Mitarbeiter einen geeigneten Altstoffbeauftragten zu ernennen, der für die Erfassung der vorhandenen und anfallenden nichtmetallischen Altstoffe im Betrieb verantwortlich zu machen ist.

Die Namen der Betriebsbeauftragten sind den Beauftragten für innere und örtliche Reserven bei den Räten der Bezirke und Kreise zwecks Registrierung und Ausstellung von Ausweisen zu melden. Dem Schrottbeauftragten des Ministeriums ist der Name des Beauftragten bis spätestens 5. März 1955 mitzuteilen.

Die Altstoffbeauftragten der Betriebe arbeiten eng mit dem Beauftragten der Bezirke und Kreise und den Betrieben des volkseigenen Altstoffhandels zusammen und haben auch dafür zu sorgen, daß, falls Transportschwierigkeiten auftreten, die erfaßten nichtmetallischen Altstoffe in geeigneter Weise mit betriebseigenen Fahrzeugen dem Altstoffhandel zugeführt werden.

Der Beauftragte hat insbesondere dafür zu sorgen, daß das Archiv und die Registraturen in regelmäßigen Abständen überprüft werden und das nicht mehr benötigte resp. nach der Archivordnung nicht mehr aufzubewahrende Schriftgut ausgesondert und der Industrie zur Verwertung zugeführt wird. In gleichem Sinne sind Sonderaktionen zur Bereinigung der Schreibtische, Regale usw. von nicht benötigten und nicht aufzubewahrenden Schriftstücken, Zeitungen, Broschüren usw. durchzuführen.

Eine weitere Aufgabe des Beauftragten ist, an die gesamte Belegschaft zu appellieren, sich in einem innerbetrieblichen Wettbewerb an der Altstoffsammlung aus Haushaltungen zu beteiligen. Zur Aktivierung derartiger Sammlungen sind jährlich 2 Wettbewerbe durchzuführen, deren Dauer jeweils über 3 Monate geht. Um eine einheitliche Bewertungsgrundlage für alle Betriebe zu haben, wird empfohlen, die Wettbewerbe nach folgendem Punktsystem durchzuführen:

Papier	6 Punkte pro kg
Lumpen	4 Punkte pro kg
Knochen	10 Punkte pro kg
Flaschen und Gläser	1 Punkt je Stück

Für die besten Sammler (die Anzahl ist nach der Belegschaftsstärke festzulegen) sind Prämien auszusetzen, die aus dem Erlös der abgeführten Altstoffe und aus Mitteln des Direktorfonds zu bestreiten sind.

Um auch in den Orten, in denen keine Annahmestellen für nichtmetallische Altstoffe bestehen, der Bevölkerung die Abgabe von Altstoffen zu ermöglichen, ist die entsprechende Voraussetzung hierfür innerhalb des Betriebes zu schaffen. Die sich hieraus ergebenden notwendigen Regelungen sind mit den Beauftragten der Bezirke oder Kreise zu treffen. Die Bezirks- oder Kreisbeauftragten sind auch für alle anderen die nichtmetallischen Altstoffe betreffenden Rückfragen zuständig.

Der Beauftragte hat zu überwachen, daß kein im Betrieb anfallender nichtmetallischer Altstoff vernichtet wird oder durch schlechte Lagerung der Verschmutzung ausgesetzt ist. Ebenso ist darauf zu achten, daß anfallender weißer und halbweißer Glasbruch nicht mit anderem Glasbruch vermischt wird.

2. Betr.: Aufruf zur Buntmetallschrott-Abgabe

Die äußerst mangelhafte Erfüllung der Buntmetallschrottpläne im Monat Januar, die zu Produktionsstörungen in Hütten- und Halbwerkzeugwerken führte, gibt Veranlassung, die Betriebsleiter und Schrottbeauftragten zur eingehenden Abgabe von allem vorhandenen Buntmetallschrott aufzufordern.

Soweit vorhanden, ist der Schrott mit betriebs eigenen Fahrzeugen der jeweils zuständigen VHZ Schrott anzuliefern. Schwere Großstücke sind der VHZ Schrott zur Abholung zu melden.

stens die Planaufgabe des 1. Quartals 1955 vorfristig zu erfüllen.

Die Betriebsleiter sind für die Durchführung der zu treffenden Maßnahmen verantwortlich.

XIV. Mitteilungen der „Energiewirtschaft“

1. Es wird allen Hauptverwaltungen, den VEB (Z) der Lebensmittelindustrie sowie den zugeordneten Institutionen bekanntgegeben, daß mit Wirkung ab 1. Januar 1955 die Bearbeitung der energiewirtschaftlichen Arbeiten, insbesondere derjenigen, die auf den gesetzlichen Bestimmungen über Energieverwendung beruhen, durch die „Energiewirtschaft“ des Ministeriums zentral erfolgt (außer den Aufgaben der Brennstoffbevollmächtigten). Der Schriftverkehr ist ab sofort mit der „Energiewirtschaft“ des Ministeriums zu führen. Bei Havarien ist unverzüglich anzurufen.

2. Betr.: Projekt- und Betriebsplan 1955 — Plan 21 —

Die VEB (Z), welche Planvorschläge zu Plan 21 — technisch-wirtschaftliche Kennziffern für Energie — noch nicht eingereicht haben, holen dies auf einem gesonderten Formblatt 21 (technisch-wirtschaftliche Kennziffern) bis zum 20. Februar 1955 nach.

3. Betr.: Richtigstellung der „Erläuterungen zum Betriebsplan 1955“ — Plan 36 —

Es muß richtig heißen:

„Als Erläuterung ist die Anlage Nr. 3 zur Anweisung 32/33 vom 5. Oktober 1953 zu beachten. Diese liegt bereits allen zentralgeleiteten volkseigenen Produktionsbetrieben der Lebensmittelindustrie vor.

Der Plan 36 ist vom Energiebeauftragten, in Zusammenarbeit mit der technischen Leitung und dem Planer, auszuarbeiten und dem Energiebeauftragten des Ministeriums für Lebensmittelindustrie — im Betreff 1) genannte Anschrift —

bis zum 15. Januar 1953 zu übermitteln.“

XV. Mitteilungen der Zentralen Abteilung Planung und Investitionen

1. Betr.: Preisbildung für Bauleistungen der volkseigenen Bauindustrie für das Planjahr 1955

Für das Jahr 1955 sind die Kostenpläne für die Objekte und die Preisangebote zum Abschluß von Bauleistungsverträgen nach den zur Zeit geltenden preisrechtlichen Bestimmungen aufzustellen.

Mit der Einführung von Baufestpreisen für das Jahr 1955 werden gleichzeitig die Bestimmungen bekanntgegeben, welche die Behandlung der bereits aufgestellten Kostenpläne und Preisangebote regeln.

Die Direktoren und technischen Direktoren der volkseigenen Baubetriebe sind dafür verantwortlich, daß auf keinen Fall der Abschluß von Bauleistungsverträgen unter Hinweis auf die geplante Einführung von Baufestpreisen von 1955 verzögert wird.

2. Betr.: Futtermittelproduktion

Innerhalb der Zentralen Abteilung Planung und Investitionen wurde das Hauptreferat Futtermittel geschaffen. Das Hauptreferat ist zuständig für die Bearbeitung von Grundsatzfragen der Futtermittelproduktion und -erfassung, der Erschließung neuer Futtermittelquellen, sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten.

Die Betriebe und Bezirke wenden sich in diesen Fragen direkt an das

Hauptreferat Futtermittel.

3. Betr.: Erläuterungen zum Betriebsplan 1955 des Ministeriums für Lebensmittelindustrie — Plantell Generalreparaturen —

Berichtigung:

Die Prozentsätze für Generalreparaturen 1955 betragen für

Haupt- und Energieanlagen	50 %
und für Nebenanlagen	100 %

Es erfolgt entgegen den Erläuterungen nur noch eine Aufgliederung des Generalreparaturplanes in Haupt- und Nebenanlagen (2 Gruppen).

XVI. Mitteilungen der Zentralen Abteilung für Arbeit

1. Betr.: Anweisung zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrates über die Erweiterung der Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche ohne Lehrverhältnis vom 10. September 1954

Dieser Beschluß regelt die Ausbildung von Jugendlichen, die keinen Lehrvertrag abgeschlossen haben und schafft ein zusätzliches System von Anlern- und Ausbildungsverhältnissen innerhalb der Arbeitszeit.

Auf Grund des o. a. Beschlusses und unter Hinweis auf die Verordnung über die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 5. März 1953 (GBl. S. 406) wird hierzu folgende Anweisung erlassen:

I. Ausbildung der Jugendlichen

- In den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben werden Anlern- und Ausbildungsverhältnisse für Tätigkeiten in den Lohngruppen III und IV geschaffen, die mindestens 1 Jahr Ausbildungszeit erfordern.
- In den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben werden Anlern- und Ausbildungsverhältnisse für Tätigkeiten in den Lohngruppen III und IV geschaffen, die weniger als 1 Jahr Ausbildung erfordern.
- Die Einführung der Anlernberufe erfolgt auf der Grundlage einer Systematik der Anlernberufe, die vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung herausgegeben wird.
- Die Entlohnung liegt in der Höhe der Lehrlingsvergütung.

5 Stunden in der Woche innerhalb der Arbeitszeit. Außerdem besuchen sie an einem Tag in der Woche die Berufsschule.

- f) Die für die Ausbildung der Anlernlinge verantwortlichen Arbeiter erhalten die tatsächlich nach dem Ausbildungsplan verwendete Arbeitszeit mit dem Durchschnittsverdienst vergütet. Nach erfolgreicher Ausbildung sind den Ausbildern Prämien zu gewähren.
- g) Die Betriebsleiter sind verpflichtet, eine Liste der in ihrem Betrieb infrage kommenden Anlernberufe anzufertigen. Diese Liste muß enthalten:
 1. Tätigkeit
 2. Begründung
 3. Voraussichtliche Ausbildungszeit
 4. Mindesteintrittsalter
 5. Tätigkeits- und Qualifikationsmerkmale

Sie ist bis 20. Februar 1955 an die zuständige Hauptverwaltung einzureichen. Nach Bestätigung der Listen durch das Ministerium für Arbeit ist mit der Ausarbeitung der Ausbildungsunterlagen zu beginnen.

II. Lenkung der Jugendlichen in Arbeitsverhältnisse

Die Schaffung der Anlernberufe und Ausbildungsverhältnisse wird wesentlich dazu beitragen, die Jugendlichen, die keinen Lehrvertrag abgeschlossen haben, in die Ausbildung einzubeziehen. Darüber hinaus ist es jedoch erforderlich, den Jugendlichen auch weiterhin die Möglichkeit zur Aufnahme eines sonstigen Arbeitsverhältnisses zu geben. Hierbei haben die Betriebe nachstehende Maßnahmen zu beachten und durchzuführen.

- a) Die in den Betriebsplänen vorgesehene Zahl der Neueinstellungen von Jugendlichen ohne Berufsausbildung ist eine Mindestzahl und muß von den Betriebsleitungen quartalsweise erfüllt werden. Eine Veränderung dieser Planposition kann nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Rat des Kreises erfolgen. Bei Nichterfüllung der im Betriebsplan vorgesehene Neueinstellungen von Jugendlichen ohne Berufsausbildung ist die Abteilung Arbeit und Berufsausbildung beim Rat des Kreises verpflichtet, dem betreffenden Betrieb Jugendliche unter Angabe der Namen und Wohnorte zu benennen. Die Betriebsleiter sind verpflichtet, zur Erfüllung dieser Planposition geeignete Jugendliche innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Namen auszuwählen und einzustellen.
- b) Alle Arbeitsplätze, die durch Entlassungen oder natürlichen Abgang der Jugendlichen ohne Berufsausbildung frei werden, sind durch Neueinstellungen von Jugendlichen ohne Berufsausbildung wieder zu besetzen. Diese Einstellungen sind bei der Planabrechnung nicht als Neueinstellungen zur Erfüllung der Planposition „Neueinstellungen von Jugendlichen unter 18 Jahren (außer Lehrlingen)“ auszuweisen.

2. Betr.: Berichterstattung über die technischen und wissenschaftlichen Kader

Die Berichterstattung über die technischen und wissenschaftlichen Fachkräfte in der zentralgeleiteten volkseigenen Wirtschaft (Tabellen I—IV) hat in Zukunft nur noch jährlich zu erfolgen.

Die Berichterstattung mit Stichtag 31. Dezember 1954 entfällt.

Der voraussichtliche Stichtag für das Jahr 1955 wird noch bekanntgegeben.

3. Betr.: Berichterstattung über die produktionstechnische Schulung

Die Betriebe werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Berichterstattung über die produktionstechnische Schulung

zum 31. Dezember 1954

den Abteilungen für Arbeit der Hauptverwaltung einzureichen war. Die noch fehlenden Berichterstattungen haben bis zum 26. Februar 1955 zu erfolgen.

4. Betr.: Unfallmeldewesen 1955

Auf Grund der Erfahrungen des Unfallmeldewesens 1954 wird die Berichterstattung für 1955 wie folgt geändert:

- a) Die monatliche UML-Meldung (Formblatt 4/525) entfällt ab 1. Januar 1955.
- b) Die vierteljährliche Ergänzungsmeldung bleibt bestehen, wird aber um einige Positionen erweitert. Alle Betriebsleitungen haben dafür zu sorgen, daß diese Meldungen in allen Positionen ordnungsgemäß und termingerecht erstattet werden.
- c) Die Termine für die vierteljährlichen Ergänzungsmeldungen sind:
 - Für das I./55 = 10. April 1955
 - Für das II./55 = 10. Juli 1955
 - Für das III./55 = 10. Oktober 1955
 - Für das IV./55 = 10. Januar 1956

Zu diesen Terminen haben die Meldungen bei der Abteilung Arbeit in den Hauptverwaltungen vorzuliegen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sich die Summen in der Rubrik Unfallursachen mit den Summen der gesamten Betriebsunfälle — getrennt nach gesamten, schweren und tödlichen Unfällen — decken muß. Bestätigte Berufskrankheiten (laut Handbuch für den Arbeitsschutz) sind getrennt von noch nicht bestätigten aufzuführen. Gleichfalls ist nicht die lateinische, sondern die deutsche Bezeichnung anzugeben.

- d) Die Arbeitsblätter behalten bis auf wenige Änderungen ihre Form. Es ist vorgesehen, die Spalten „Sonstiges“ zu unterteilen, um hier die hauptsächlichsten Unfälle aufzuführen.

Zur besseren Unterscheidung der einzelnen Unfälle pro Monat wird den Betrieben empfohlen, die Unfälle farblich zu stricheln z. B. Januar = schwarz, Februar = grün, März = rot.

Die Ausfallstunden können in gleicher Art registriert werden.

- e) Die Bestellung und Auslieferung der Formblätter geschieht zentral. Die Formblätter sind sparsam zu verwenden, da Nachlieferungen nicht möglich sind.

Die Ergänzungsmeldung pro Quartal ist zweifach auszufertigen, 1 Exemplar verbleibt im Betrieb, 1 Exemplar erhält die Abteilung für Arbeit in der Hauptverwaltung. Die Arbeitsblätter verbleiben im Betrieb. Ferner wird darauf hingewiesen, daß ein tödlicher Unfall nur dann als solcher gilt, wenn der Tod innerhalb von 24 Stunden eingetreten ist. Als schwerer Unfall zählt, wenn ein Arbeitsausfall über 6 Wochen entsteht. Wie die Erfahrungen zeigten, werden noch viel zu viel Unfälle über die Rubrik „Sonstiges“ oder „Verschiedenes“ registriert, obwohl ein großer Teil dieser Unfälle in festgelegte Untergruppen gehören würde. Es ist deshalb darauf zu achten, daß im Jahre 1955 nur solche Unfälle in den Rubriken „Sonstiges“ und „Verschiedenes“ erscheinen, die tatsächlich gruppenfremde Merkmale aufweisen.

Verschiedentlich werden auch Unfälle in der Position „P — Rohstoffgewinnung und -bearbeitung“ registriert. In der Anweisung heißt es ausdrücklich, daß darunter die Arbeit in Tongruben, Kiesgruben usw. zu verstehen ist und nicht z. B. das Ausschneiden von Schweinefleisch. Die Betriebsleiter der Brau- und Malzindustrie werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Unfallmeldungen termingemäß und vollzählig einzureichen sind.

5. Betr.: Aufhebung der vierteljährlichen Berichterstattung „gesundheitliche Betreuung der Werkstätten in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie“

Ab sofort entfällt o. a. Berichterstattung, angeordnet mit der Dienstanweisung 1/53 des ehemaligen Staatssekretariates für Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Somit erhalten die Betriebsleitungen die noch größere Verpflichtung, in Zusammenarbeit mit der BGL alle Möglichkeiten zur Senkung des Krankenstandes auszuschöpfen. Die K 1-Meldungen sind, wie im Verfügungs- und Mitteilungsblatt Nr. 3 vom 31. Juli 1954 angewiesen, nach wie vor zum 3. Werktag des dem Berichtsmonat folgenden Monats an die betreffenden Hauptverwaltungen einzureichen.

6. Betr.: Hygienekleidung

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß für die Planung der Hygienekleidung ausschließlich der Hygiene-Katalog, herausgegeben vom Ministerium für Gesundheitswesen, verbindlich ist.

Der veröffentlichte Katalog im Verfügungs- und Mitteilungsblatt des Ministeriums Nr. 22 vom 28. August 1954 galt lediglich als Vorabdruck.

Berichtigung:

Der Hygiene-Katalog ist auf S. 9 und 10, milchbe- und -verarbeitende Betriebe, dahingehend zu berichtigen, daß es statt „rot-weiß gestreift“ heißen muß: „weiß“

Besonders wird auf das Gesetzblatt Nr. 89/1954 vom 20. Oktober 1954 — 6. DB zur VO über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften — Planung, Kontingentierung und Auslieferung von Hygienekleidung — vom 15. Oktober 1954 — hingewiesen. Lt. § 2 sind hierfür die Niederlassungen der DHZ/Industrietextilien zuständig.

Finanzierung der Hygienekleidung

Die Kosten für die Beschaffung der Hygienekleidung sind über das Konto „übriges Ergebnis“ zu buchen.

Die Kosten für die Reinigung der Hygienekleidung sind aus den Kosten des Betriebes zu finanzieren.

XVII. Mitteilungen der Hauptverwaltung Pflanzliche Erzeugnisse

1. Betr.: Weizenkeime

Für die Herstellung von hochwertigen Arzneimitteln der humanen und Veterinärmedizin werden laufend größere Mengen Weizenkeime benötigt.

Es werden daher alle Betriebe angewiesen, in größtmöglichem Umfang Weizenkeime zu ziehen, wobei auf unbedingte Reinheit geachtet werden muß.

Es wird empfohlen, bei besonderen Schwierigkeiten mit dem VEB (K) Fanal Frankenhausen Verbindung aufzunehmen, um sich bei evtl. technischen Veränderungen beraten zu lassen.

Alle Betriebe, die Weizenkeime ziehen, sollten nach Deckung des Bedarfes an Weizenkeimen für diätetische Nahrungsmittel vordringlich den Bedarf der pharmazeutischen Industrie zu decken.

2. Betr.: VV zur Anbringung einer Bremsvorrichtung am Handschraper

Im VEB Kaffeemittelfabrik Frankfurt/Oder wurde an dem vom VEB Förderanlagen Magdeburg gelieferten Handschraper (Kraftschaufel) eine Verbesserung in der Form angebracht, daß die Seiltrommel durch eine Bremsvorrichtung daran gehindert wird, nicht benötigtes Seil abzuspielen, wodurch das Seil in den Zahnrädern zerquetscht wird.

Betriebe, die den gleichen Handschraper benutzen und evtl. die gleichen Schwierigkeiten damit haben, werden gebeten, sich an den VEB Kaffeemittelfabrik Frankfurt/Oder oder an das Ministerium für Lebensmittelindustrie — Hauptverwaltung Pflanzliche Erzeugnisse, Abteilung Technologie und Rekonstruktion — zu wenden, damit ihnen entsprechende Hinweise zur Beseitigung des Ubelstandes gegeben werden können.

XVIII. Mitteilung der Hauptverwaltung Genußmittel

Betr.: Berichtigung

Die Mitteilung der Hauptverwaltung Genußmittel in der Nr. 31/54 der Vfg. und Mitteilung des Ministeriums für Lebensmittelindustrie vom 18. Dezember 1954 wird dahingehend berichtigt, daß es unter VIII, 1), heißen muß:

„Betr.: Versorgung der Brauereien mit Malz“

Westphal
(Minister)

Anlage

Der VEB Riebeck-Brauerei, Erfurt, bietet folgende Kessel zur Umsetzung an:

1. 2 Flammrohr-Wellrohrkessel

Fabrik-Nr. 1677, Fabrikat Gebr. Wolff, Erfurt, Baujahr 1900, Rostfläche 3,469 qm, Heizfläche 100,026 qm, red. Druck 7,0 atü.

2. 2 Flammrohr-Wellrohrkessel

Fabrik-Nr. 1678, Fabrikat Gebr. Wolff, Erfurt, Baujahr 1900, Rostfläche 2,89 qm, Heizfläche 100,177 qm, red. Druck 7,0 atü.

Nach Überprüfung können diese beiden Kessel mit 7,0 atü noch betrieben werden.

3. Kessel-Nr. 1676, Fabrikat Gebr. Wolff, Erfurt, Baujahr 1900, Rostfläche 2,702 qm, Heizfläche 92,150 qm.

4. Kessel-Nr. 1182/83, Ober- und Unterkessel, Fabrikat Zeitzsche Dampfkesselfabrik und Apparatebau-Anstalt G. Schumann, Baujahr 1910, Rostfläche 6,55 qm, Heizfläche 118,220 qm.

Diese Kessel sind nur noch als Speisewasser- oder sonstige Behälter zu verwenden.

Interessenten wenden sich bis 15. März 1955 an VEB Riebeck-Brauerei, Erfurt (Fernruf 5177), da nach diesem Termin über die Kessel anderweitig verfügt wird.

VERBODEN TOEGANG

50X1

EAST GERMANY 20 JUNE 55
 OFFICIAL PUBLICATION OF THE EAST
 GERMAN MINISTRY FOR THE FOOD
 INDUSTRY.
 (INFO 28 JAN & 18 FEB 1955)
 1P CONF
 2 ENCLS - 15P (PHOTOSTAT COPIES OF
 ISSUES #2 & 3 OF SUBJECT PUBLICATION
 IN GERMAN-M)
 18/7/55-55-2-(4) 29613

1-54⁴
Encl. Retain

CONTROL NUMBER
00000
11111
22222
33333
44444
55555
66666
77777
88888
99999